

Newsletter aus Brüssel

06.6.2016, Ausgabe 16
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- EWSA fordert menschenwürdige Arbeit in digitaler Arbeitswelt und in globalen Lieferketten
- Brexit – soziale Rechte stehen auf dem Spiel
- EU-Kommission empfiehlt mehr öffentliche Investitionen in Deutschland
- Marktwirtschaftsstatus für China? EU-Parlament mehrheitlich dagegen

EWSA fordert menschenwürdige Arbeit in digitaler Arbeitswelt und in globalen Lieferketten

Am 25. und 26. Mai 2016 tagte das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Der EWSA fordert u.a. eine bessere soziale Absicherung digital und flexibel Beschäftigter sowie den Schutz von Arbeitnehmerrechten in globalen Lieferketten.

Der EWSA ist das beratende Gremium der EU, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und andere zivile Interessengruppen vertreten sind. Auf ihrer Plenartagung im Mai 2016 verabschiedeten die Mitglieder u.a. eine Stellungnahme zum "Wandel der Beschäftigungsverhältnisse". Darin fordern sie die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern tragfähige Modelle zum Kampf gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeitswelt zu entwickeln. Eine zentrale Herausforderung ist, dass immer weniger Beschäftigte durch Tarifverträge und gewerkschaftliche Vertretung geschützt sind. Die IG Metall begrüßt die EWSA-Stellungnahme. "Flexiblere" Arbeitsverhältnisse, die oft lediglich größere Unsicherheit für die Beschäftigten bedeuten und v.a. im Zuge der Digitalisierung entstehen, dürfen Arbeitnehmerrechte und soziale Absicherung nicht gefährden. Die IG Metall hat daher u.a. die Webseite "faircrowdwork.org" eingerichtet, auf der sie Rechtstipps und Ratgeber zur Verfügung stellt. Außerdem können Crowdworker dort die verschiedenen Plattformen zur "Arbeitsvermittlung" bewerten.

Multinationale Unternehmen verlagern ihre Produktion meist in Niedriglohnländer, in denen prekäre Arbeitsbedingungen vorherrschen und die Gewerkschaftsfreiheit entscheidend eingeschränkt wird. In einer weiteren Stellungnahme empfehlen die Ausschussmitglieder der Kommission daher, eine umfassende und ehrgeizige Strategie für menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten zu entwickeln. Dabei betonen sie, dass Grundsätze menschenwürdiger Arbeit nur schwer ohne unabhängige Gewerk-

schaften und Arbeitgeberverbände umsetzbar sind.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes IG Metall-Vorstandsmitglied bekräftigt den Ansatz des EWSA: "Wir brauchen eine Stärkung der Gewerkschaften in den Produktionsländern, um Tarifverhandlungen zu fördern, höhere Löhne für Arbeiterinnen und Arbeiter und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz durchzusetzen." Die IG Metall beteiligt sich u.a. in der "Kampagne Saubere Kleidung". Ziel dieser Initiative ist, die Menschen- und Arbeiterrechte innerhalb der globalen textilen Lieferkette entscheidend zu verbessern.

- [Stellungnahmen des EWSA der Plenartagung 25./26.05.2016](#)
 - [Webseite der IG Metall-Initiative FairCrowdWork](#)
 - [Kampagne Saubere Kleidung](#)
-

Brexit – soziale Rechte stehen auf dem Spiel

Die IG Metall hat am 25. Mai 2016 in einem Brief an die Kolleginnen und Kollegen in Europäischen Betriebsräten über die sozialen Folgen eines möglichen Austritts Großbritanniens aus der EU (Brexit) informiert und zur Solidarität mit der Anti-Brexit-Kampagne der britischen Schwestergewerkschaften aufgerufen.

Am 23. Juni 2016 werden die Bürger Großbritanniens sich für oder gegen eine weitere EU-Mitgliedschaft aussprechen. In einem gemeinsamen Schreiben an IG Metall-Mitglieder in Europäischen Betriebsräten (EBR) unterstützen der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, und das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb die Anti-Brexit-Kampagne der britischen Schwestergewerkschaften Unite, Community, GMB und ihrem Dachverband TUC und rufen die IG Metaller der EBR ebenfalls zu Solidaritätsbekundungen gegenüber den britischen EBR-Mitglieder ihres Konzerns auf. Jörg Hofmann und Wolfgang Lemb machen deutlich, dass die Mitgliedschaft in der EU für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großbritannien sowie auch in Deutschland viele Vorteile gebracht hat. Die Umsetzung von europäischen Richtlinien haben u.a. Arbeitsschutz- und -sicherheit verbessert und Teilzeitbeschäftigten, Leiharbeitskräften und befristet Beschäftigten mehr Rechte verliehen. Ein Austritt Großbritanniens aus der EU würde bedeuten, dass die entsprechenden EU-Richtlinien in Großbritannien nicht mehr gelten. Auf dem Spiel steht auch die Vertretung britischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im EBR – denn auch die europäische Betriebsratsrichtlinie wäre dann in Großbritannien außer Kraft gesetzt. Für die übrigen EBR-Mitglieder hieße dies: Kein Recht mehr auf Informationen und Konsultationen zu Unternehmensaktivitäten dieses wichtigen Industrielandes.

- [Weitere Informationen zur Kampagne](#)
-

EU-Kommission empfiehlt mehr öffentliche Investitionen in Deutschland

Die EU-Kommission hat am 18. Mai 2016 die länderspezifischen Empfehlungen und finanzpolitischen Beschlüsse für 2016 veröffentlicht. Deutschland wird aufgefordert seine öffentlichen Investitionen zu erhöhen.

In ihren länderspezifischen Empfehlungen für 2016 hat die EU-Kommission ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten für die kommenden 12-18 Monate dargelegt. Die Kommission erwartet, dass sich externe Wachstumsfaktoren abschwächen werden. Im Fokus ihrer diesjährigen Empfehlungen stehen daher Reformen zur Steigerung von inländischen Investitionen und der Fortführung von Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

Die IG Metall begrüßt, dass die Kommission Deutschland empfiehlt, die öffentlichen Investitionen zu erhöhen – insbesondere in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Innovation. Aus Gewerkschaftssicht positiv zu bewerten ist außerdem der Vorschlag, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdienende zu senken und den Übergang aus Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu erleichtern. Kritisch sieht die IG Metall allerdings die Kommissionsempfehlung, "stärkere Anreize für einen späteren Renteneintritt" zu setzen. Vielmehr sei in Deutschland wichtig, das Rentenniveau zunächst zu stabilisieren und dann moderat anzuheben, so die IG Metall. Zudem sollten die Renten wieder an die Einkommensentwicklung gekoppelt werden, um sie fair und sozial zu gestalten. Die IG Metall fordert außerdem die schrittweise Eingliederung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung – inklusive der Selbständigen und Freiberufler.

- **Länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission 2016 für Deutschland**
- **Forderungen der IG Metall zur Rente der Zukunft**

Marktwirtschaftsstatus für China? EU-Parlament mehrheitlich dagegen

Das EU-Parlament hat sich am 12. Mai 2016 gegen die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft ausgesprochen. Die Abgeordneten befürchten andernfalls soziale und wirtschaftliche Einbrüche in Europa.

Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgefordert, Industrie und Unternehmen in Europa auch in Zukunft gegen unfaire Handelspraktiken Chinas zu schützen. Solange China nicht alle EU-Kriterien einer Marktwirtschaft erfülle, dürfe der entsprechende Status auch nicht zuerkannt werden, heißt es in einer mit großer Mehrheit im Plenum angenommenen Entschließung. Maßnahmen der EU wie Schutzzölle gegen gedumpte Billigimporte aus Fernost würden nach heutiger Rechtsgrundlage bei einer Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft deutlich an Schlagkraft verlieren. Die unfairen Handelspraktiken des Landes verursachen bereits soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme in Europa, so die Abgeordneten. Jüngstes Beispiel ist die existenzbedrohende Stahlkrise in Großbritannien.

Auch in Deutschland sind Arbeitsplätze in der Stahlbranche gefährdet, die harte Konkurrenz mit China spielt dabei eine große Rolle. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, betont: "Stahl ist ein unverzichtbarer Werkstoff für viele europäische Industriezweige. Ohne Stahl fährt kein Auto und dreht sich kein Windrad. Doch jährlich drängen 300 bis 500 Millionen Tonnen Stahl Überkapazität aus China auf den Weltmarkt, billig weil hochsubventioniert – da kann die deutsche Stahlindustrie kaum mithalten, wenn sie ihre hohen sozialen und ökologischen Standards halten will." CO₂-oder energieneutral werde die Stahlproduktion zwar nie sein können, so Lemb. "Im Vergleich zu China ist die deutsche Stahl-Produktion allerdings aufgrund verbesserter Hochöfen-Technologien wesentlich emissionsärmer. Aus unserer Sicht ein klarer Standortvorteil für Deutschland."

Die IG Metall veranstaltet in Kooperation mit DGB, ÖGB und Arbeiterkammern am 15. Juni 2016 die Konferenz "Hat Stahl Zukunft in Europa" in Brüssel. Für die IG Metall wird Knut Giesler, Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen, auf dem Podium vertreten sein und mit Vertretern der EU-Kommission und des Parlaments diskutieren.

- Entschließung des EU-Parlaments
- IG Metall-Initiative "Stahl ist Zukunft"
- Statement des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegen den MES China
- Programm und Anmeldung zur Veranstaltung "Hat Stahl Zukunft in Europa"

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand